

## ÜBERRAGENDE ZUSTIMMUNG

**Bundesvorstandswahlen--** Mit einem überwältigenden Votum haben die Delegierten der FVDZ-Hauptversammlung im Oktober in Berlin ihren Bundesvorsitzenden Harald Schrader wiedergewählt. Der Schleswig-Holsteiner erhielt 97 Prozent der Stimmen und erreichte damit ein historisches Ergebnis. Auch das Team um Schrader freute sich über breite Unterstützung. Alle Mitglieder des Bundesvorstandes wurden im Amt bestätigt. Mehr ab Seite 14.

MF



## EXORBITANTE KOSTEN

**Elektronische Gesundheitskarte--** Der Bund der Steuerzahler befasst sich im aktuellen „Schwarzbuch“ mit Misserfolgen in der Digitalisierung. Ein besonders „skandalöses Beispiel“ ist für den Verband die elektronische Gesundheitskarte (eGK). Diese hat bislang Kosten für Entwicklung und Hardware von etwa 2,2 Milliarden Euro verschlungen. Allerdings kann sie elf Jahre nach ihrer Einführung noch nicht umfänglich genutzt werden, und es ist ungewiss, wann sich das ändern wird. Bislang beinhaltet die eGK weder eine digitale Arzneliste, noch den Notfalldatensatz. Harald Schrader, Bundesvorsitzender des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte (FVDZ) erklärt dazu: „Durch die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sind für die Zahnärzte exorbitante Kosten entstanden, die in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen.“

JG

## SCHÄTZERKREIS KANN SICH NICHT EINIGEN

**GKV-Zusatzbeitrag--** Inwieweit gesetzlich Krankenversicherte künftig belastet werden, ist strittig. Obwohl der GKV-Schätzerkreis Anfang Oktober eine Prognose zu den Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung 2018 treffen wollte, konnten sich die Fachleute aus Bundesministerium für Gesundheit (BMG), Bundesversicherungsamt (BVA) und GKV-Spitzenverband nicht auf eine gemeinsame Sprachregelung einigen. Es wurde spekuliert, dass die Expertenrunde bei den Krankenkassenbeiträgen im nächsten Jahr von einem durchschnittlichen Zusatzbeitrag von 1,0 Prozent ausgeht. 2017 waren dies noch 1,1 Prozent. Damit würde der durchschnittliche Gesamtbeitrag zur Krankenversicherung von derzeit 15,7 auf 15,6 Prozent vom Bruttoeinkommen sinken. BMG und BVA plädierten dem Vernehmen nach für eine Senkung des Zusatzbeitrags. Die Kassen aber sträubten sich dagegen. Die abweichenden Einschätzungen erklärten sich laut BVA aus einer unter-

schiedlichen Bewertung von Ausgabenentwicklungen im laufenden und im nächsten Jahr. Das letzte Wort hat nun das BMG. Es legt den durchschnittlichen Zusatzbeitragsatz für 2018 fest und gibt ihn im Bundesanzeiger bekannt.

RED



## TERMINE



10. – 11. 11. 2017

FRANKFURT: Deutscher Zahnärztetag